Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich Mk., auf dem Lande Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Inseratenpreis Mk. für die 6 gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige Korpuszeile Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile Mk. Nachweisungsgebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 179 — **Donnerstag den 3. August 1922.** — **81. Jahrgang**

Amtlicher Teil.

Donnerstag den 3. August 1922 vormittags 9 Uhr soll von hiesiger **Freibank** ein **Rind** verpfundet werden. Pfundpreis 35.— Mark.

Wilsdruff, am 2. August 1922. **Der Stadtrat.**

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutsche Antwortnote auf Poincarés Ultimatum ist am Dienstag in Paris überreicht worden. Sie lehnt die französischen Forderungen als unerfüllbar ab.

* Die Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Poincaré ist für den 7. August in London anberaumt worden.

* Facta übernahm den Auftrag zur Neubildung der italienischen Regierung

* Die Griechen haben den von ihnen besetzten Teil Kleinasiens zum unabhängigen Staate erklärt.

* Die Türken protestierten bei den Alliierten dagegen, daß die Griechen 30 000 Mann an der Grenze von Thrazien zusammengezogen haben.

* In Italien wurde zum Generalstreik ausgerufen. Die Faszisten erließen eine Gegenkundgebung.

Eine gute Antwort.

Der hochfahrenden, ja man kann wohl sagen höhnischen und herausfordernden Note des französischen Ministerpräsidenten in der Frage unserer Ausgleichszahlungen an die Siegerstaaten ist die deutsche Reichsregierung diesmal die Antwort nicht schuldig geblieben. Herr Poincaré, der sonst immer die Gemeinsamkeit der Angelegenheiten, die er mit uns zu begleichen hatte, für alle Glieder der Entente herauskehrte, hat sich diesmal mit seiner Ablehnung unseres Begehrens auf vorläufige Herabminderung der monatlichen Ausgleichszahlungen merkwürdig beeilt, hat von uns binnen zehn Tagen Antwort geheischt, ob wir uns seiner Auffassung beugen wollten oder nicht, hat sogar schon jetzt in ultimativer Form „Maßnahmen" unbestimmter Art in Aussicht gestellt für den Fall, daß wir ihm nicht zu Willen sein sollten. Die erste Folge dieses Schreibens war ein neuer Marksturz, der selbst den abgebrühtesten Börsenmann in Schrecken versetzen konnte. Um so leichter war es für die Reichsregierung, Herrn Poincaré diesmal eine runde und nette Absage nach Paris zu schicken.

Schon der Ton unterscheidet sich nicht unwesentlich von früheren Schriftstücken dieser Art. Keine überflüssigen Versicherungen und Beteuerungen, kein Versuch, den Tatbestand, der ja allerdings kaum noch schlimmer sein kann als er nachgerade geworden ist, zu verschleiern. Mit vollem Recht wird darauf hingewiesen, daß das Abkommen über die Ausgleichszahlungen nicht mit Frankreich allein, sondern mit der Gesamtheit der beteiligten alliierten Regierungen abgeschlossen worden ist. Unsere Note vom 14. Juli ist infolgedessen auch nicht etwa nur nach Paris, sondern gleichzeitig auch an die andern hauptbeteiligten Mächte gegangen, und es versteht sich ganz von selbst, daß die deutsche Regierung daraufhin erst alle Antworten abwarten muß, ehe sie sich über ihre weiteren Schritte schlüssig werden kann. Es steht also nicht bei Herrn Poincaré, uns eine ultimative Frist von zehn Tagen vorzuschreiben. Auch an der Tatsache kann der überkluge französische Ministerpräsident nichts ändern, daß zwischen den Ausgleichs- und Reparationszahlungen ein ebenso inniger wie unmittelbarer Zusammenhang besteht, auch wenn die einen auf diesen, die andern auf jenen Artikeln des Friedensvertrages beruhen; denn beide Arten von Zahlungen gehen zu Lasten der deutschen Volkswirtschaft, und wenn diese nicht imstande ist, in fremden Devisen die Summen aufzubringen, die uns durch das Reparationsabkommen auferlegt worden sind, so ist sie natürlich genau ebensowenig imstande, so und so viele Millionen in fremden Devisen für Ausgleichszwecke flüssig zu machen. Herr Poincaré mag noch so spitzfindig behaupten, daß in dem einen Falle Staats-, in dem andern dagegen Privatschulden zu begleichen seien, der Niedergang des Markkurses macht vor solchen papiernen Unterscheidungen nicht halt, so lange an den Summen und an den Terminen, die für sie festgesetzt sind, nichts geändert wird. Geradeheraus wird es eine Illusion genannt, wenn Deutschland zugemutet wird, 40 Millionen Goldmark monatlich für Ausgleichszwecke bereitzustellen. Alle Leistungen, die wir zu machen haben, müssen als ein einheitliches Ganzes behandelt werden, und sie alle würden von der derzeitigen Erschöpfung unserer Fähigkeit, die Zahlungen in ausländischer Währung zu leisten, gleichmäßig getroffen. Deutschland mache alle Anstrengungen, seine Verpflichtungen zu erfüllen, dazu müsse es aber vor allem zu einer Gesundung seiner Volkswirtschaft gelangen. Diese wiederum habe die alsbaldige solidarische Zusammenarbeit aller beteiligten Mächte zur Voraussetzung. Eine Politik der Drohungen wirke nicht wiederaufbauend, sondern zerstörend.

Eine Wahrheit, die Herrn Poincaré wirklich nicht zum ersten Male versetzt wird. Er hat bisher nicht auf sie gehört und wird wohl auch weiterhin bemüht sein, sie zu überhören. Doch darf man wohl hoffen, daß sie ihm sehr bald auch von englischer Seite, wenn auch nicht mit den gleichen Worten, so doch dem Sinne nach völlig übereinstimmend, vorgehalten werden wird. Denn in der inzwischen in Berlin eingetroffenen Antwort der britischen Regierung heißt es, daß die von Deutschland aufgeworfenen Fragen baldigst mit den anderen beteiligten Mächten erörtert werden würden, um in Gemeinschaft mit diesen der deutschen Regierung eine Antwort erteilen zu können. Ähnlich auch die belgische Regierung. Lloyd George und Poincaré werden, wie es jetzt heißt, schon am 7. August in London zusammentreffen. Bis dahin wird Frankreich schwerlich den Mut haben, auf eigene Faust gegen Deutschland vorzugehen und irgendwelche neuen „Maßnahmen" gegen uns in Kraft zu setzen. Wenn es das täte, dann würde ein neuer Konflikt gegeben sein, dem England schwerlich als unbeteiligter Zuschauer gegenüberstehen könnte.

*

Die alliierten Kriegsschulden.

Nach Londoner Meldungen hat die englische Regierung beschlossen, eine Zirkularnote an die alliierten Mächte und an die Vereinigten Staaten über die Frage der Kriegsschulden zu senden. Die Note sei von Balfour vor zwei Wochen verfaßt worden und betone, daß die Großbritannien von europäischen Ländern geschuldeten Gelder praktisch und moralisch von der großbritannischen Kriegsschuld an die Vereinigten Staaten nicht zu trennen seien. Damit wird ein deutlicher Druck auf Frankreich ausgeübt, das an die Bezahlung seiner amerikanischen Schulden nur sehr ungern herangeht.

Belgiens Widerspruch.

„Petit Journal" spricht von einer Meinungsverschiedenheit zwischen der belgischen und der französischen Regierung wegen der Stellungnahme des Ministerpräsidenten Poincaré zu der Herabsetzung der Ausgleichszahlungen. Die belgische Regierung vertrete den Standpunkt, daß die jetzige Angelegenheit des Zahlungsaufschubs nicht von jeder Regierung einzeln hätte behandelt werden dürfen.

Vanderlips Europabericht.

Beim Abschluß seiner Europareise hat Frank Vanderlip, der Präsident der National-City-Bank in Neuyork, einen langen Kabelbericht über die europäischen Verhältnisse an die größten Blätter der Vereinigten Staaten von Amerika gesandt. In diesem Telegramm, das der Beginn einer Aufklärungsaktion des amerikanischen Finanzmannes sein soll, heißt es u. a., daß der Versailler Vertrag jeden Atoms von Gerechtigkeit entbehre und jener Hoffnung auf Brüderlichkeit, von der Wilson träumte. Frankreich, ein bedauernswertes Opfer des Krieges, sei heute ein bedauernswertes Opfer seiner Friedensillusionen. Es habe 90 Milliarden Franken bereits ausgegeben, um die Kriegswunden teilweise zu heilen. Ein Teil dieser Ausgaben sei unklug gewesen, ein anderer sei nicht durch ehrliche Hände gegangen. Zudem werde der ungerechte Friede noch töricht angewendet, indem man Deutschlands Gefühle mit Füßen trete durch die schwarzen Besatzungstruppen und durch tausenderlei andere Herausforderungen. Nur hierdurch werde der Geist der Auflehnung entwickelt, vor dem sich Frankreich so fürchte. Wenn zwischen Poincaré und Lloyd George keine Verständigung über den Wiederaufbau des europäischen Wirtschaftslebens zustande komme, dann sei dies die schrecklichste Gefahr für Europa. Von den englischen Staatsmännern werde diese Gefahr mit großer Klarheit erkannt. Großbritannien scheue sich aber, ein großes Programm für den Wiederaufbau Europas aufzustellen und durchzusetzen, weil es den Bruch mit Frankreich fürchte.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die erste Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof

findet am 10. August statt. Als Richter nehmen die Reichsgerichtsräte Riedner und Dr. Baumgarten, außerdem der frühere Reichskanzler Fehrenbach, die Reichstagsmitglieder Hermann Jaeckel und Erkelenz teil. Verhandelt wird zunächst gegen den Archivar Karl Laun-Füssen und Genossen, den Kaufmann Julius Mengert-Nürnberg, den Kapitän Eduard Geerken-Hamburg, den Kaufmann Georg Buehler-Oppurg, den Studenten Manfred Bacherer-Heidelberg und Genossen und gegen den Landwirtschaftseleven Rudolf Ziepke-Greifswald. Unter den Verhandlungsgegenständen befindet sich auch ein Verfahren wegen Verbreitung grobbeleidigender Plakate gegen den Reichspräsidenten Ebert.

Die Beratungen in München.

Eine Antwort der bayerischen Regierung an die Reichsregierung ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Der badische Staatspräsident Dr. Hummel, der in München eintraf, hatte eine längere Besprechung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld. Die Münchener Zeitung hört, daß die Frage der Erweiterung der Regierungskoalition in Bayern durch Eintritt der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei neuerdings in ein akuteres Stadium zu treten scheine. Bei der Mittelpartei, als auch bei der Bayerischen Volkspartei lege man auf eine baldige Lösung dieser Frage Wert.

Entschädigung an die Flugzeugindustrie.

Der Reichstagsausschuß für die Ausführung des Versailler Friedensvertrages befaßte sich mit den Bestimmungen über die Beschränkung des Luftfahrzeugbaues. Diese Bestimmungen sind vom Reichsrat genehmigt worden und erhalten durch die Zustimmung des Reichstagsausschusses Gesetzeskraft. Die Bestimmungen sehen die Zahlung einer Summe von 150 Millionen Mark an den Verband Deutscher Luftfahrzeug-Industrieller vor; mit der Zahlung dieser Summe sollen sämtliche Ansprüche gegen das Reich über die Beschränkung des Luftfahrzeugbaues abgegolten werden. Die Verteilung dieser Gesamtabfindung unter die Berechtigten soll der Verband Deutscher Luftfahrzeug-Industrieller vornehmen. Die Einzelheiten werden durch einen besonderen Vertrag geregelt. Der Ausschuß gab seine Genehmigung.

Der Abbau der Ententekontrolle.

Der Plan, die militärischen Kontrollkommissionen der Entente erheblich zu verringern, ist alt, er hat schon vor etwa sechs Monaten dem Obersten Rat vorgelegen. Wenn nicht schon damals an den Abbau der Entente-Kontrolle gegangen wurde, so angeblich deshalb, weil die Waffenfunde und die Aufdeckung von Geheimorganisationen einen Abbau nicht angemessen erscheinen ließen. Jetzt aber ist die Militärkontrolle der Alliierten in Deutschland für den Abbau in gewissem Umfange reif. Es wird daher vom 1. Oktober d. Js. ab damit begonnen werden, und zwar durch Einziehung der Zweigstellen der Kommission Nollet in der Provinz.

Unglaubliche französische Übergriffe.

Die Frankfurter Zeitung erhält einen Bericht über unglaubliche Übergriffe eines französischen Kreisdelegierten im Besetzungsgebiet. Der französische Delegierte in Kusel, Kapitän Lapoint, hat sich demnach verschiedentlich an die Bürgermeistereien gewandt und dabei darauf hingewiesen, daß die Bevölkerung, falls sie sich von den Finanzämtern zu scharf angefaßt fühle oder wenn diese einmal ungerecht verfahren, sich vertrauensvoll an ihn wenden möge. Er werde dann Abhilfe schaffen. Kusel ist ein pfälzischer Grenzbezirk gegen das Saargebiet. Der französische Kreisdelegierte maßt sich also in völlig ungehöriger Weise Rechte an, die ihm weder nach dem Friedensvertrag noch nach dem Rheinlandabkommen zustehen. Er sucht die Steuerzahlungen an die deutschen Behörden zu hintertreiben, während gleichzeitig die Pariser Regierung fortwährend Deutschland bedroht wegen ihr nicht genügend erscheinender Zahlungen.

Italien.

× **Gefährdung des Abkommens zwischen Frankreich und dem Vatikan.** Die Kardinal-Kongregation der außergewöhnlichen geistlichen Angelegenheiten, die sich mit der vatikanischen Außenpolitik zu befassen hat, hat das neue Abkommen zwischen Frankreich und dem Vatikan einstimmig verworfen. Angesichts des Ernstes dieses Beschlusses hat der Papst die Kardinäle gebeten, ihm ihre Einwände gegen den Abstimmungsentwurf schriftlich zu unterbreiten. Die letzte Entscheidung steht nun Pius XI. zu.

Polen.

× Das neue Ministerium. Der neue polnische Ministerpräsident Julian Nowak konferierte eingehend mit den Parteien. Von den Ministern der Sliwinski-Regierung sollen sämtliche Portefeuilles beibehalten werden, nur das Unterrichtsressort wird neu besetzt. Nowak ist ein aus Galizien gebürtiger Konservativer und Vertrauensmann des Konstitutionellen Klubs, dessen Stimmen die Entscheidung in der Kabinettskrise herbeigeführt haben. Von Korfanty ist nicht mehr die Rede.

Aus In- und Ausland.

London. Der internationale Friedenskongreß in London hat eine Anzahl neuer Mitglieder gewählt, darunter den bekannten deutschen Publizisten Helmuth von Gerlach. Lafontaine wurde zum Präsidenten des Büros des Kongresses wiedergewählt.

London. Im Unterhause haben sich bei der Beratung der Einfuhrzölle von 33⅓ Prozent auf deutsche Stoffhandschuhe und andere Artikel 113 Abgeordnete für und 277 Abgeordnete gegen Beseitigung der Steuer ausgesprochen.

London. Die südirischen Regierungstruppen haben Tipperary nach mehrtägigem Kampfe genommen.

Rom. Facta hatte mit Vertretern der verschiedenen parlamentarischen Gruppen Besprechungen. Die Sozialisten drohen mit dem Generalstreik, an dem bereits ausgerufen wird.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF